

Sächsische Bergbauregionen im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Umwandlung und Vertriebenenmigration nach dem Zweiten Weltkrieg

Will man die Geschichte der unterschiedlichsten Regionen Deutschlands für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg untersuchen, so ist auch danach zu fragen, welche Zusammenhänge zwischen der Erhaltung und Veränderung spezifischer regionaler Strukturen sowie der millionenfachen Ansiedlung von Vertriebenen hauptsächlich aus der Tschechoslowakei und den Gebieten östlich der Oder und Neiße bestanden. Der Prozeß der wohnlichen und arbeitsmäßigen Unterbringung zwangsumgesiedelter Deutscher wurde durch die regional vorhandenen Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Sozialstrukturen des Aufnahmelandes beeinflusst. In der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands waren diese Faktoren aufgrund politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen auf Zonen- oder Landesebene einer besonders schnellen, tiefgreifenden Wandlung unterworfen. Die Spezifika der Regionen wurden in ihren ökonomischen und demographischen Strukturen, aber darüber hinaus auch im historischen, politischen und kulturellen Selbstverständnis ihrer Bewohner in Frage gestellt. Dieser Effekt mußte durch die massenhafte Neuansiedlung überwiegend mittellose Vertriebener, die über die unterschiedlichsten beruflichen Vorerfahrungen verfügten und von der Lebensweise in anderen Regionen geprägt waren, noch verstärkt werden.

Unter dieser Problemsicht wurden Recherchen in den Aktenbeständen der Landesregierung und verschiedener Kreisverwaltungen Sachsens durchgeführt, wobei sich die Untersuchungen auf Kreise mit voneinander stark zu unterscheidenden Wirtschaftsstrukturen konzentrierten. Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen steht der im Nordwesten Sachsens gelegene, durch Braunkohlebergbau und Brennstoffindustrie charakterisierte Kreis Borna. Der in diesem durch die skizzierten Entwicklungen hervorgerufene Veränderungsdruck soll insbesondere in Relation zu den Wandlungen im Gebiet des sächsischen Uranerzbergbaus gestellt werden. Die Ergebnisse unserer Stu-

die bezwecken die Erweiterung der bisher vor allem unter politikgeschichtlicher Sicht vorangeschrittenen Forschungen zur Vertriebenenintegration in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

Der nach Kriegsende vor allem in die östlichen Territorien der SBZ drängende Strom ausgewiesener Deutscher wurde im Interesse ihrer schnellen Erstversorgung mit Wohnraum, Nahrung und Beschäftigung nach folgenden Richtlinien in zeitweilige bzw. dauerhafte Zielgebiete geleitet: erstens in Gebiete (Dörfer und Kleinstädte) mit überwiegend landwirtschaftlicher Wirtschaftsstruktur und zweitens in Mittelstädte mit ausreichender Beschäftigungsmöglichkeit in Handwerk und Industrie.¹ Nach diesem Prinzip wurde, insbesondere nach Einsetzung der Sächsischen Landesverwaltung und Installierung der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen Anfang Juli 1945, die Verteilung der in Trecks oder Eisenbahntransporten Ankommenden vollzogen. Dagegen waren die stark kriegszerstörten Großstädte Sachsens wie Leipzig, Dresden und Chemnitz zu diesem Zeitpunkt von Zuweisungen weitgehend ausgenommen.²

Die Realisierung dieses „von oben“ geplanten Ansiedlungskonzeptes brachte die Verwaltungsorgane auf den unteren administrativen Ebenen in einen schweren und andauernden Konflikt, der bestimmt war durch die Spannungen zwischen den von zentraler Stelle vorgegebenen Auflagen und den realen Möglichkeiten innerhalb des regionalen Lebensraumes. Besondere Schwierigkeiten mußten hinsichtlich der Arbeitsvermittlung und wohnlichen Unterbringung bewältigt werden. Diese Aufgaben galt es zudem in Verflechtung mit schwierigen wirtschaftlichen und verwaltungsorganisatorischen Umgestaltungen zu lösen.

Der Landkreis Borna besaß als Zentrum der Brennstoffindustrie in den unmittelbaren Nachkriegsjahren einen hohen wirtschaftlichen Stellenwert für Sachsen und die Sowjetische Besatzungszone. Die sowjetischen Militärbehörden räumten der schnellen Inangansetzung und Produktionssteigerung im Bergbau aufgrund der schweren Kriegszerstörungen im industriellen Sektor, des Ausbleibens der bisherigen Rohstofflieferungen aus den westlichen Gebieten Deutschlands und der zunächst erfolgten Abschließung Sachsens von den Kohlenlieferungen aus Nordböhmen und Schlesien größte Priorität ein.³ Die Demontagen⁴, von denen der Kreis Borna vor allem seit 1947 in hohem Maße betroffen war, und ein gravierender Arbeitskräftemangel führten wiederum zu einer ernsthaften Gefährdung der Brennstoffversorgung. Infolgedessen wurde die ständige Zuführung qualifizierter und ein-

satzfähiger Arbeitskräfte in den Nachkriegsjahren zu einer zentralen Frage nicht nur der wirtschaftlichen und administrativen Verwaltung des Landkreises, sondern auch für die Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie und die Sowjetische Militäradministration. Die Tatsache, daß im Kreis Borna ungefähr 41 000 Vertriebene hauptsächlich aus Schlesien, Ostpreußen und Pommern sowie aus der Tschechoslowakei, Ungarn und dem Königsberger Gebiet aufgenommen wurden, könnte vermuten lassen, daß so der hohe Arbeitskräftebedarf gedeckt werden konnte.⁵ Unsere Untersuchungen widerlegen jedoch diese Annahme und führen statt dessen zu differenzierenden Einsichten in die überaus angespannte wirtschafts- und bevölkerungspolitische sowie soziale Situation des Kreises Borna nach dem Kriegsende.

In einem Schreiben vom 15. April 1946 an den Landrat zu Borna erhob die Hauptverwaltung der Braunkohlenwerke Salzdetfurth AG, Sitz Borna, Einspruch gegen die erneute Zuführung Vertriebener in die Industriegemeinden, zu denen Bergbaubetriebe gehören. Dieser erfolgte, so begründete man, „im Interesse des Braunkohlenbergbaus und der allgemeinen Kohlenversorgung“. In den weiteren Ausführungen wurde auf die bereits eingetretene Überfüllung der Gemeinden verwiesen und auf den Fakt, daß aus den Kreisen der „Flüchtlinge“ (eine Bezeichnung, unter die man in der unmittelbaren Nachkriegszeit häufig nicht nur die aus den östlichen und westlichen Gebieten Deutschlands vor den Kriegswirren geflüchteten Menschen zählte, sondern auch die zwangsausgesiedelten Deutschen) nicht die notwendige Zahl an Arbeitskräften gewonnen werden konnte. Schließlich forderte die Hauptverwaltung, daß der vorhandene betriebliche Wohnraum ausschließlich der Belegschaft vorbehalten bleibe und bereits eingewiesene Familien, die keinerlei Verbindung zu den Werken hätten, sogar wieder umgesiedelt würden.⁶ Dieser Brief verweist auf einen grundlegenden Problemzusammenhang im Landkreis Borna: Die Aufnahme der zwangsausgesiedelten Deutschen – im April des Jahres 1946 zählte man zu den 90 074 Einwohnern des Kreises 41 131 Vertriebene⁷ – geriet immer stärker in einen Konflikt mit wirtschaftlichen Erfordernissen, die für die Entwicklung des Gebietes bestimmend waren.

Um der Situation Herr zu werden, bemühte sich die Kreisverwaltung zunächst um die zielgerichtete Vermittlung dringend benötigter Arbeitskräfte – möglichst bergbautauglicher alleinstehender Männer – aus den Vertriebenentransporten in den Bornaer Kreis.⁸ Die unter zeitlichem Druck und schwierigsten Umständen vorgenommenen Zuwei-

sungen entsprachen jedoch in den wenigsten Fällen den Anträgen des Arbeitsamtes und der Kreisverwaltung. Transporte, die nach der beruflichen Qualifikation der Personen zusammengestellt wurden, wie z.B. die im Juli 1946 zugeleiteten drei Züge mit schlesischen Bergleuten, stellten keinesfalls das Gros dar.⁹ Statt dessen waren im Durchschnitt nur ein Viertel der Zwangsausgesiedelten Männer, die überwiegende Mehrzahl dagegen Frauen mit Kindern sowie Alte, welche mit Fürsorgezahlungen zu unterstützen waren und eine bedeutende soziale Belastung für den Kreis darstellten. In diesem bergbaulich geprägten Gebiet boten sich für Frauen nur geringe Arbeitsmöglichkeiten, da der Bedarf in der Landwirtschaft schnell gedeckt und eine Heimindustrie nicht entwickelt war. Für die Betreuung der Kinder fehlten damals die entsprechenden Einrichtungen.¹⁰

Aufgrund dieser erschwerten Sachlage strebte man auf unterschiedlichsten Wegen eine Reduzierung der Zuweisungen an. Bereits im April 1946 ging man dazu über, bei der Verteilung der Vertriebenen Transporte einige Städte und Gemeinden, z.B. Espenhain, Borna, Rötha und Trachenau, „aus bergbaulichen Interessen“ zu umgehen.¹¹ Der „Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler“¹² wurde der Vorschlag unterbreitet, arbeitsunfähige Vertriebene aus dem Landkreis auszusiedeln und in einem anderen unterzubringen, um für Arbeitsfähige Platz zu schaffen.¹³ Dies bewertete die „Umsiedlerabteilung“ der Sächsischen Landesverwaltung empört als „brutales und rücksichtsloses Verhalten“¹⁴, unterstützte aber das Ansinnen insofern, als die Verlegung des Wohnsitzes für Arbeitsfähige ohne Erwerbsmöglichkeit gestattet wurde. Die Städte und Gemeinden meldeten jedoch lediglich 369 Arbeitsfähige, mehrheitlich Frauen, mit ihren Familien zum Umzug.¹⁵ Der Notlage im Kreis wurde schließlich dennoch Rechnung getragen, als nach Vorsprache des Bornaer Landrates beim Sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs die Zuweisung von Vertriebenen-Transporten für 1946 gestoppt wurde.¹⁶

Bis 1950 wurden dem Kreis allerdings weiterhin jährlich Verpflichtungen zur Aufnahme von Vertriebenen auferlegt, die der Landrat stets zurückzuweisen bzw. zu reduzieren versuchte.¹⁷ Alle Einwände wurden seit 1947 mit der hohen Anzahl an unterzubringenden Arbeitern für die Sicherung der Produktion und beginnenden Demontagen im Kreis Borna begründet. Beispielsweise reagierte die Kreisverwaltung im März 1947 auf die erneute Ankündigung von 13 000 „Umsiedlern“ mit einem dringlichen Hinweis auf 8 737 eingestellte kreisfremde Demontagearbeiter, welche die Wohnraumkapazität des Kreises bela-

steten. Da bereits die Werkswohnungen belegt seien, müßten weitere 8000 bis 10 000 Arbeiter in Privatquartieren untergebracht werden.¹⁸ Die Kreisverwaltung bat um eine Aussetzung der „Umsiedlerzuweisungen“, bis die Demontagen beendet seien.¹⁹ Im gleichen Zeitraum wurden innerhalb kürzester Zeit geworbene und verpflichtete Arbeitskräfte sowie Heimkehrer über die Arbeitsämter anderer Kreise und Länder bzw. Provinzen in den Kreis Borna umgeleitet, wo sich die Wohnraumsituation dramatisch zuspitzte.²⁰ Von der Sowjetischen Militäradministration, welche die Arbeitskräfte lenkung befehlsmäßig steuerte, wurde Rechenschaft bei nicht termingemäßer Gestellung der geforderten Arbeiter abverlangt und außerdem Druck hinsichtlich einer zufriedenstellenden Unterbringung der Arbeiter ausgeübt.²¹

Angesichts dieser angespannten Wohnraumsituation im Kreis Borna hatten die wiederholten Proteste gegen die Zuweisungen von Vertriebenentransporten teilweise Erfolg. Nicht zuletzt ging es um die Interessen der sowjetischen Besatzungsmacht, die die Vorrangigkeit der wohnlichen Unterbringung von Arbeitern der Kohlenindustrie gegenüber der Aufnahme nicht einsetzbarer „Umsiedler“ in diesem Gebiet befehlsmäßig verankerte. Diese Richtlinie beinhaltete mitunter auch die erneute Umsiedlung der Betroffenen im kleinen Maßstab.²²

Ein im Sinne der eingangs formulierten Fragestellungen durchgeführter Vergleich mit dem Uranbergbaugbiet im Erzgebirge und Vogtland führte zu interessanten Aufschlüssen.²³ Seit 1946 und beschleunigt ab 1947 wurde von sowjetischer Seite der Ausbau der „Wismut“-Sowjetische Aktiengesellschaft in rasantem Tempo betrieben. Mit der Entstehung dieses eigenständigen Wirtschaftszweiges ging ein umfassender Wandlungsprozeß in der bisher kaum industriell erschlossenen Region einher.²⁴ Die Ansiedlung von Vertriebenen hatte sich hier wie im Kreis Borna den wirtschaftsstrategischen Entscheidungen und Maßnahmen unterzuordnen, die nicht zuletzt eine bemerkenswerte Arbeitskräftebewegung ins Rollen brachten. Es sind folgende Tendenzen festzustellen:

1. Wie im Bornaer Gebiet wurde eine Herausnahme von „bergbaugauglichen“ Arbeitskräften aus dem Kreis der „Umsiedler“ angestrebt. Dies belegt beispielsweise die Anweisung der Landesregierung Sachsen vom 9. Oktober 1947 an die sächsischen Arbeitsämter, daß der Einsatz bergbaugauglicher „Umsiedler“ zwischen 18 und 45 Jahren fast ausschließlich in den Fördergebieten des Uranerzbergbaus der Landkreise Aue, Annaberg und Marienberg zu erfolgen habe. Diese Festlegung verdeutlicht außerdem, daß eine

Konkurrenz bezüglich der Zuweisung geeigneter „Umsiedler“ unter den Bergbaugebieten, z.B. um Borna, bestand.

2. Das Aufnahmesoll an Vertriebenen wurde wie im Kreis Borna aus „bergbaulichen Interessen“ reduziert. Allerdings weisen statistische Angaben in diesem Zusammenhang auf einen bedeutenden Unterschied hin: Während im Kreis Borna bereits im April 1946 der Anteil der Zwangsumgesiedelten an der Bevölkerung trotz aller Bemühungen um eine Reduzierung der Zuweisungen auf ca. 31 Prozent angestiegen war und der Kreis zu den am dichtesten besiedelten in Sachsen gehörte, betrug der „Umsiedler“-Anteil nach dem Stand vom September 1947 in den Kreisen Annaberg 10,2 Prozent, Aue 7,7 Prozent und Marienberg 12,2 Prozent. Diese Angaben sind mit der Sonderstellung des Uranerzbergbaugebietes zu erklären. Ab Mitte 1947 wurden auf Festlegung der Besatzungsmacht die Kreise Annaberg, Aue und Marienberg sogar aus den zentral vorgegebenen Aufnahmequoten herausgenommen.
3. Aufgrund der kaum zu bewältigenden Aufgabe, Vertriebenen-transporte nach der beruflichen Qualifikation der Personen zusammenzustellen und in geeignete Gebiete zu lenken, erfolgte die Ansiedlung weitgehend entsprechend den Unterbringungsmöglichkeiten. Teilweise wurden Arbeitskräfte aus „Umsiedler“-Kreisen nach ihrer Ansiedlung in entfernten Gebieten dennoch gewonnen, indem einsatzfähige Männer arbeitsverpflichtet wurden und getrennt von ihren Familien in der Nähe der Arbeitsstätte lebten. Unter den Arbeitskräften in dieser Situation war eine hohe Fluktuation zu verzeichnen.
4. Die Priorität der Arbeitskräftezuführung und -unterbringung führte in den Bergbaukreisen zu einer erneuten Zwangsumsiedlung kleineren Maßstabs der nicht einsatzfähigen Vertriebenenfamilien. Mit der Freilenkung von Wohnraum war man bestrebt, die Lage der Arbeitskräfte, vor allem durch Familienzusammenführungen, zu verbessern.

Welche Auswirkungen die hier untersuchten Prozesse auf den sozialen Status der Umgesiedelten, ihre berufliche Entwicklung und ihre Chancen für ein langfristiges Selbstwerden hatten, kann bisher nur vage erfaßt werden. Für die Mehrzahl der Betroffenen dürfte es mehrere Jahre gedauert haben, bis sie wieder in stabilen materiellen Verhältnissen und einem festen persönlichen Beziehungsgefüge lebten. Am schwierigsten ist wohl die Frage zu beantworten, ob sie sich zu der Region, die ihnen eine neue „Heimat“ werden sollte, zu einem

späteren Zeitpunkt zugehörig fühlen konnten. Vermutlich förderten erhaltenes Land im Zuge der Bodenreform oder die Tätigkeit im erlernten traditionellen Spezialhandwerk das Seßhaftwerden der Vertriebenen. Immerhin fanden bis zum Frühjahr 1948 33,8 Prozent der 985 000 in Sachsen aufgenommenen „Umsiedler“ eine Arbeit in der Landwirtschaft, die vor allem im nord- und ostsächsischen Gebiet präsent war.²⁵ In manchen Regionen führte die Ansiedlung der Vertriebenen zur Erschließung von Erwerbs- und Produktionszweigen infolge der Verwertung örtlicher Rohstoffe und der Erweiterung vorhandener Heimarbeitsgewerke. So wurden 1945 bis 1947 beispielsweise Stroh- und Schilfflechtereien in Bautzen, Heimarbeitsstellen des Kunstgewerbes, der Holzsohlen- und Holzkeilabsätzeherstellung sowie mechanischer Handstrickarbeiten in und um Flöha sowie Kamenz, die sudetendeutsche Sparterieindustrie um Löbau sowie Döbeln und Teile der böhmischen Glasveredlungsindustrie um Olbernhau und Weißwasser angesiedelt.²⁶

Was die ökonomischen Auswirkungen betrifft, die die Ansiedlung vertriebener Deutscher in den Regionen des Braunkohle- oder Uranerzbergbaus hervorbrachte, kann zunächst festgehalten werden, daß die überwiegend rein zahlenmäßig vorgenommene Vertriebenenzuweisung entsprechend dem vorhandenen Wohnraum die Dislokation der benötigten Fachkräfte ausweitete. Die bereits vorhandenen Disproportionen zwischen dem Arbeitskräfteangebot und dem Bedarf an Fachkräften verstärkten sich für den Zeitraum der wirtschaftlichen Umgestaltungs- oder Aufbauphase. Die enorme Belastung der Wohnraumkapazitäten behinderte die wirtschaftlichen Veränderungen und beeinträchtigte das allgemeine Lebensniveau. Der massenhafte Zuzug von Fremden – Vertriebenen wie Zwangsverpflichteten und freiwilligen Arbeitskräften – brach die ehemaligen Bevölkerungsstrukturen auf. Im Verlaufe dieser komplexen Wandlungen, die jedoch im „Wismut“-Gebiet von stärkerem Ausmaß und größerer Dauerhaftigkeit als im Kreis Borna waren, gestalteten sich die Regionen in ihren Strukturen und in ihrem Selbstverständnis neu.

Hier wurden vor allem regionale Entwicklungstrends innerhalb einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruchphase aufgezeigt. Wie sich diese Tendenzen innerhalb einer Region dauerhaft auswirkten, kann noch nicht abschließend beantwortet werden. Eindeutig lassen sich mit dem Seßhaftwerden der „Umsiedler“ veränderte Bevölkerungszahlen konstatieren. Untersuchungen zur Bedeutung der Vertriebenenmigration für die langfristigen Veränderungen in der sozia-

len und wirtschaftlichen Struktur und nicht zuletzt für die kulturelle Prägung der Region bereiten Schwierigkeiten: Mit Beginn der fünfziger Jahre fanden Probleme der „Umsiedler“ in den Statistiken und Berichten der DDR-Behörden immer weniger Beachtung, da man die „erfolgreiche Integration“ der Vertriebenen für abgeschlossen erklärte. Somit lassen sich nur indirekte Aussagen über deren Situation aus der neueren sozial- und wirtschaftshistorischen Forschung zur DDR gewinnen, die jedoch durch umfangreiche Befragungen der Betroffenen eine ergiebige Bereicherung erfahren könnten.

- 1 J. Hoffmann/M. Wille/W. Meinicke, Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, in: Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hrsg. von J. Hoffmann/M. Wille/W. Meinicke, Wiesbaden 1993, S. 14.
- 2 S. Bethke, Der Weg der Deutschen aus der Tschechoslowakei in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (1945/46), in: Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Ankunft, Aufnahme und erste Integrationsversuche, hrsg. von M. Wille, Magdeburg 1993, S. 9.
- 3 M. Jahn/K. Altmann, Zur Ankunft und sozialen Eingliederung vertriebener Sudetendeutscher in Sachsen 1945–1947, in: Literatur-Spiegel, Wissenschaftliches Informations- und Diskussionsforum, 1994, Nr. 34, S. 55.
- 4 Siehe auch R. Karlsch, Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53, Berlin 1993, S. 57ff.
- 5 Zum Arbeitskräftebedarf in der SBZ bzw. in Sachsen: ebenda, S. 35ff.; W. Zank, Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–49. Probleme des Wiederaufbaus in der SBZ Deutschlands, München 1987, S. 30ff.
- 6 Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (StAL), Kreistag/Kreisverwaltung (KT/KV) Borna 1577.
- 7 StAL, KT/KV Borna 925.
- 8 StAL, KT/KV Borna 925.
- 9 StAL, KT/KV Borna 910.
- 10 StAL, KT/KV Borna 910, 1577, 1569; Kreis-IHK Nordwestsachsens 3074.
- 11 StAL, KT/KV Borna 1577.
- 12 Die Zentralverwaltung wurde im September 1945 gegründet. In ihrer ersten Rundverfügung vom 27.09.1945 bestimmte sie als Ziel ihrer Tätigkeit die „Umsiedlung aller Menschen, die aus den polnischen und tschechischen Gebieten eingewandert sind und (...) die noch übernommen werden müssen“. Es wurde angewiesen, daß anstelle der Bezeichnungen „Flüchtlinge“ oder „Ausgewiesene“ der Begriff „Umsiedler“ zu verwenden ist. Siehe Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (Sächs. HStA), Landesregierung Sachsen (LRS), Ministerium des Innern (MdI), 2190. – Diese in Übereinstimmung mit der Sowjetischen Besatzungsmacht vorgegebene Sprachreglementierung entsprach der offiziell verbreiteten These eines „geordneten und humanen Transfers“ der Deutschen aus den polnisch verwalteten Gebieten östlich der Oder und Neiße sowie aus der Tschechoslowakei, der mit der Kriegsschuld des gesamten deutschen Vol-

Sächsische Bergbauregionen

kes und der Pflicht zur Wiedergutmachung begründet wurde. Später prägte man den Begriff „Neubürger“, um die Gleichstellung der Neuangesiedelten gegenüber den Alt-ingesessenen zu dokumentieren. Die wirklichen Hintergründe und der tatsächliche Verlauf der „Umsiedlung“ sind vielfach belegt und veranlassen die Autoren zur Verwendung der Begriffe „Vertreibung“ bzw. „Austreibung“, „Zwangsaussiedlung“ oder „Zwangsumsiedlung“.

- 13 StAL, KT/KV Borna 1567, 1569.
- 14 StAL, KT/KV Borna 1567.
- 15 StAL, KT/KV Borna 1569.
- 16 StAL, KT/KV Borna 1567.
- 17 StAL, KT/KV Borna 1533, 1567, 1577.
- 18 StAL, KT/KV Borna 1533.
- 19 StAL, KT/KV Borna 1533.
- 20 Sächs. HStA, LRS, Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge (MfAS), 303, 310.
- 21 Sächs. HStA, LRS, MfAS, 310
- 22 StAL, KT/KV Borna 1541.
- 23 Auf der Grundlage von: Sächs. HStA, LRS, MfAS, 415; M. Kaden, „Wismut – die wilde Zeit“, Annaberg 1994.
- 24 W. Bramke/G. Dittrich/U. Heß/J. Reinhold, Sachsens Wirtschaft im Wechsel politischer Systeme im 20. Jahrhundert, Leipzig 1992, S. 22f.
- 25 R. Just, Die Integration der Umsiedler im Land Sachsen, in: Sächsische Heimatblätter, 35 (1989) 4, S. 159ff.
- 26 Sächs. HStA, LRS, Mdl, 2210.